

„Geht auf die Straße und demonstriert“

Einen Vorschlag unterbreitete Kämmerer Wolfgang Seele dem Stadtrat in öffentlicher Sitzung: Es werde langsam Zeit, dass die Bürgermeister und Räte endlich mal auf die Straßen gehen müssten, um zu demonstrieren, dass es so nicht mehr weitergeht.

Obernkirchen. Seele nannte eine Menge Zahlen: „Der Bund macht 100 Milliarden Euro neue Schulden, das Land macht neue Schulden, die Kommunen haben jetzt schon zu kämpfen mit dramatischen Rückgängen bei der Gewerbesteuer, mit steigenden Soziallasten und mit gewaltigen Kassenkrediten. Es darf einfach nicht mehr sein, dass es wieder bei einer erneuten Lastenverteilung dazu kommt, weitere Mindereinnahmen auf die Kommunen abzuwälzen.“ Seele zitierte aus mehreren Warnungen, etwa von der Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände: „Angesichts der bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt desolaten Situation vieler kommunaler Haushalte und den für die kommenden Jahre zu erwartenden zusätzlichen Defiziten in bisher nicht gekannter Größenordnung müssen wir zu dem Schluss kommen, dass die mit dem geplanten Wachstumsbeschleunigungsgesetz verbundenen Einnahmeherausfälle für die kommunale Ebene die Situation weiter verschlechtern und nicht verkraftbar sind.“ Seele verwies auch auf eine Erklärung des Niedersächsischen Städtetages, der ausgerechnet hatte, dass den niedersächsischen Städten, Gemeinden und Samtgemeinden sowie den Landkreisen Einnahmeverluste von über 70 Millionen Euro in 2010 und in den Folgejahren jeweils 140 Millionen drohen würden. Damit nicht genug: In der Diskussion, so Seele, werde völlig übersehen, dass zum 1. Januar 2010 ohnehin das Bürgerentlastungsgesetz in Kraft treten werden, das noch von der Großen Koalition beschlossen wurde. Dadurch würden den niedersächsischen Kommunen dauerhafte Verluste von jährlich 190 Millionen Euro entstehen. Etwas Aufregung entstand im Rat bei der Frage, ob die Stadtverwaltung zu besetzende Stellen nur intern oder auch extern ausschreiben solle. Um die Kosten zu senken, hatte die Verwaltung vorgeschlagen, nur noch intern auszuschreiben – was auch Bestandteil einer Besprechung beim Landkreis gewesen wäre, wie Bürgermeister Oliver Schäfer betonte, der die dann folgende Debatte sichtlich genervt verfolgte. Das sei heute schon das zweite Mal, dass in der Sitzung von den Beschlüssen des Fachausschusses und des Verwaltungsausschusses abgewichen werden, monierte Schäfer. Der andere Fall war die U3-Betreuung (unsere Zeitung berichtete). SPD-Fraktionsvorsitzender Wilhelm Mevert sprach von einem „historischen Tief bei der Gewerbesteuer“, das dazu geführt habe, dass man nun 12 Millionen Ausgaben und nur neun Millionen Einnahmen habe. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz streue den Menschen „Sand in die Augen“: „Wer das verabschiedet hat, der sitzt nicht hier im Rat.“ Von Land und Bund dürfe man kein Geld mehr erwarten, auch eine Bedarfszuweisung werde es nicht geben, meinte Mevert: „Wir sind ja nicht bedürftig.“ Nachdem CDU/WGO-Sprecher Martin Schulze-Elvert versichert hatte, die Debatte um die externe Ausschreibung von Stellen sei ja nicht „böswillig“ gemeint gewesen, erklärte er, dass den Politikern der Bergstadt mehr oder weniger die Hände gebunden seien, denn großen Gestaltungsraum sehe er nicht: „99 Prozent des Haushaltes für 2010 werden von der Verwaltung eingesetzt, der Rest ist für uns.“ Schulze-Elvert prophezeite der Bergstadt „drei düstere Jahre“. rnk